

Saale-Zeitung.

Lebendunndvierziger Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Brauhaustor 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmöglicher Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsbefehlsbogen unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für unbenutzte eingehende Nummern wird kein Bescheid übernommen. Radikale nur mit Cautionsgeld „Saale-Bez.“ gestattet. Preisänderung der Redaktion Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnementsabteilung Nr. 1133.

Nr. 469.

Halle, Dienstag, den 7. Oktober

1913.

Internationale Verständigung.

Je stärker die Klärungen der europäischen Staaten werden, um so größer wird die Zahl derer, die eine Verständigung zwischen den Nationen erstreben. Das ist ganz natürlich, da die ungeheuren Verluste an Menschenleben und materiellen Gütern, die ein Krieg zwischen europäischen Großmächten im Gefolge haben würde, durch keinen Gebietsgewinn und keine Kriegserlösnisfinanzierung auch nur annähernd aufgewogen werden können.

Schon die Balkankriege, bei denen keine der Großmächte aktiv beteiligt war, haben den an dem Balkanhandel und den Finanzen der Balkanländer interessierten Ländern riesige wirtschaftliche Verluste gebracht. Besonders stark war Österreich daran beteiligt, doch auch die deutschen Verluste infolge der Kursrückgänge und des fiedenden Absatzes an einer Reihe von Industrieprodukten waren recht bedeutend.

Der Kongress für internationale Verständigung, der z. B. in Nürnberg tagt, wird daher im Volke eine günstige Stimmung finden. Den europäischen Krieg will in Deutschland keine der großen politischen Parteien, nur kleine, nicht ernst zu nehmende Parteigruppen, wie der Mitteldeutsche Verband, würden einen Eroberungskrieg, um einer Prestigepolitik willen, herbeizuführen.

Wie groß die Sehnsucht nach einer Verständigung unter den Großmächten in den Völkern geworden ist, läßt die Tatsache erkennen, daß bereits mehr als 500 Vereinigungen existieren, die eine solche propagieren und der Druck der Volksstimmung, die in allen Ländern diese Richtung einschlägt, ist ein Faktor, den auch die Regierungen berücksichtigen mußten.

England besonders hat seit den Krisentagen im November 1911 eingelenkt und das hat die internationale Situation wesentlich in günstigem Sinne beeinflusst. Doch trotz aller Friedensbestrebungen ist die Gefahr eines Krieges immer noch vorhanden, wenn die Kriegshetze die Oberhand gewinnt. Es gilt daher die Bestrebungen der Reichsregierung nachdrücklich zu unterstützen und man darf sich nicht darauf verlassen, daß die Regierungen zurzeit eine friedliche Politik verfolgen.

Eine Gefahr sind und bleiben die unruhigen Elemente in Frankreich. Sie fürchten, daß ihre Revanchegelüste sich nicht verwirklichen lassen, wenn Deutschlands Volkszahl im bisherigen Maßstab weiter wächst, während Frankreichs Bevölkerung langsam zurückgeht. Letzten Endes kann Frankreich auch bei dreifähriger Dienstzeit und äußerster Anpannung aller Kräfte nicht mehr in der Zahl der selbständig-fähigen Mannschaften Schritt halten und deshalb werden die Revanchepolitiker jenseits der Rhodene jede weitere Rüstungserweiterung in Deutschland als Provokation ansehen und, wenn sie nicht genügend auf ihre Pläne verzichtet werden, als casus belli ansehen.

Das „si vis pacem, para bellum“ bleibt daher nur be-

dingt richtig, und die Agitation des Wehrvereins kann leicht gefährlich werden, wenn er jetzt — nach der letzten großen Heeresvermehrung — seine Treibeieren nicht einstellt. Im Interesse einer internationalen Verständigung liegt es, daß die Entwicklung, die durch das Bestreben Englands, sich über den großen Komplex der Orientfragen und der kolonialen Interessen zu verständigen, gekennzeichnet wird, nicht gestört, daß das gegenseitige Vertrauen befestigt wird. Die ungeheuren Opfer, die dem deutschen Volke in den letzten Jahren zugemutet wurden und die wirtschaftliche Krise, der wir entgegengehen, sind wahrlich nicht dazu angetan, durch neue Rüstungsagitation gefährliche Abenteuer heraufzubeschwören.

Die Nationalliberalen zur politischen Lage.

Man schreibt uns:

Die diesjährige Tagung der nationalliberalen Reichstagsfraktion, die am Sonnabend und Sonntag in Wiesbaden stattfand, erfreut sich, gleichwie diejenige des Vorjahres in Heidelberg eines zahlreichen Besuches. Als Gast war der Führer der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses, Dr. Friedberg, anwesend.

Die politischen Beratungen unter Vorsitz des Reichstagsabg. Waffermann waren getragen von dem Ernst, den die heutige Zeit von allen Politikern erfordert. Erörtert wurde zunächst die auswärtige Politik, die wie bisher, so auch künftig von der nationalliberalen Fraktion aufmerksamem Auge verfolgt werden wird. Weiter wurde die braunschweigische Thronfolgefrage besprochen und dazu folgende Entschlüsse angenommen:

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat von der Entschiedenheit der nationalliberalen Landesparlamentarier Hannover in der Frage der braunschweigischen Thronfolge Kenntnis genommen. Sie stellt fest, daß die darin ausgesprochenen Bestrebungen durch das von der Reichsregierung in der neuesten Zeit beobachtete Verhalten in vollem Umfang gerechtfertigt worden sind. Sie billigt und teilt den in der Entschliessung zum Ausdruck gebrachten Standpunkt und ist bereit, ihn gegebenenfalls mit den zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln gegenüber den verbündeten Regierungen zur Geltung zu bringen.

In der Besprechung der wirtschaftlichen Fragen zeigte sich volle Einmütigkeit. Gegenüber den fortgesetzten gegenwärtigen Angriffen wurde der Standpunkt der Fraktion in nachfolgender Erklärung noch einmal niedergelegt:

Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat bei der in Aussicht stehenden Zolltarifkonferenz und künftigen Handelsverträgen an den Grundlagen unserer bisherigen, in Jahrzehnten bewährten Wirtschaftspolitik festhalten. In Verfolg dieser wiederholt fundamente Stellung nehmen wir einerseits den Abbau der bestehenden Schutzschranken, welche Industrie und Landwirtschaft ihre Erzeugnisse und ihre Vorräte vor anderen, andererseits extreme Schutzauflagen ab, weil solche eine Erschwernung der Lebenshaltung unseres Volkes herbeiführen und den an sich schon schwierig gewordenen Absatz aller Handelsverträge, die wir für die Steigerung unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung für unbedingt notwendig erachten, gefährden oder unmöglich machen würden.

Die Beratung der Frage des Arbeitswilligen-

schusses endete mit der Einsetzung einer Kommission, die das bereits vorhandene reichhaltige Material weiterarbeiten und die Grundlage für die weiteren Entschlüsse der Fraktion schaffen soll. Ueber die Bestrebungen auf Schaffung eines Staatsarbeiterechts wurde ebenfalls Beratung gepflogen. Man einigte sich dahin, im Reichstag einen Antrag einzubringen, auf Vorlegung einer Denkschrift über die rechtlichen Verhältnisse der außerhalb des Beamtenverhältnisses in den Betrieben des Reiches beschäftigten Personen. — Die Prüfung der stehenden Fragen der Gewerbe- und Handwerkerpolitik wurde einer dreigliedrigen Kommission übertragen, die der Fraktion bei ihrem Wiederzusammentritt Bericht zu erstatten hat.

Die Wiesbadener Parteifreunde bereiteten der Fraktion eine herliche Aufnahme. Am Sonnabend Abend fand eine Begrüßungsfeier statt, die einen glänzenden Verlauf nahm. Im Mittelpunkt stand eine politische Rede des Reichstagsabgeordneten Waffermann, der für eine auf eine maßvolle Rüstung gestützte auswärtige Politik eintrat. „Eine Politik der Resignation auf dem Gebiete der auswärtigen Politik“, meinte er, „darf es nicht geben. Wir wollen die Opfer nicht umsonst bringen, sondern wollen unseren Platz an der Sonne behalten.“ In seinem Vortrag riefte Herr Waffermann die Neuregelung unserer Handelspolitik in den Vordergrund. Mit Recht werde man an jede Partei appellieren: Wie steht du zu den Fragen der Wirtschaftspolitik? Für uns ergebe sich die Antwort, wenn wir uns vergegenwärtigen, welchen Aufschwung das deutsche Volk in den letzten Jahren in wirtschaftlicher Beziehung zu verzeichnen habe. Dieser Aufschwung zeige, daß die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik gesund sind. Deshalb werde die nationalliberale Partei festhalten an den Grundlagen, die sie 1902 mitgeschaffen habe, einzig in allen ihren Gliedern, der deutschen Volkswirtschaft den Schutz der nationalen Arbeit zu erhalten. — Die Partei bleibe sich aber auch bewußt, daß sie in allen Fragen eine Politik der mittleren Linie befolgen müsse. Das führte Herr Waffermann zu einer nachdrücklichen Betonung auf des liberalen Teiles des nationalliberalen Programms. Gesetzgebung und Verwaltung will er mit liberalem Geist durchdringen. — Ganz klar ist die Stellungnahme in der Zollfrage noch nicht, da Herr Waffermann nur von den Grundlagen der Zollpolitik von 1902 spricht, sich jedoch nach dem vorliegenden offiziellen Bericht über die von agrarischer Seite erhobenen Forderungen nicht ausspricht.

Deutsches Reich.

Neue Verhandlungen in der Weisenfrage.

Der Reichszugler hat am Sonnabend vor seiner Abreise nach München dem Kaiser in der braunschweigischen Angelegenheit Vortrag gehalten. Herr v. Bethmann Hollweg hatte die Audienz telegraphisch nachgeholt. Nach dem Vortrag wurde der Reichszugler vom Kaiser zur Frühstückstafel geladen. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß dieser Vortrag mit dem Besuch des Reichszuglers beim bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hertling in Ber-

bieten sie nicht. Die Aufführung, die vielleicht auch einen Teil des nicht allzu glänzenden Erfolges verhidet hat, war schleppend und ohne Reiz. Mein Sieler bot eine hervorragende Leistung als verfolgte Inhumid im Schneidergewande und neben ihm noch Jodel als Sommerfrischer und geschäftsgewandter Bauernfänger. Julius Blumenthal-Leipzig.

Paul Claudel „Verkündigung“ in Selterau.

Als am Sonntag Abend die Bahn den von auswärtig herbeigekommenen Kritiker heimwärts brachte, haben beim letzten Abble alle vereinigt, die in Paul Claudel (in seinem Amtsbereich französischer Generalconsul in Hamburg) das Haupt einer neuen Dichterschule und eines unserer Größten zu ehren glauben. Da wird sich vielleicht wieder sein Ueberreifer haben vernehmen lassen: „Claudel vertritt die ästhetische Größe mit der dantesischen; die ästhetisch greifbare Welt mit der schmerzhaft verzerrten des Schopenhauer.“ Oder man wird mehr über Claudel und das größte künstlerische Ereignis dieser Zeit hören. Da haben wir nicht mit. Schon die Zeitschrift von Claudel geistlichem Sinn, „Die Verkündigung“ (im Verlage der Neuen Wälder in Selterau erschienen) zeigte amiesellos, daß es sich hier um etwas Eigenartiges, Neues, Bedeutenswerthes handele. Und die Umfassung am Sonntag hat diesen Eindruck durchaus festgehalten, bekräftigt und sogar erhöht. Aber man wird mehr über Claudel und das größte künstlerische Ereignis von allen Besichtigten erfahren, warum nicht sorgsam prüfen und ruhig eine Klärung abwarten, ehe man zu solchen literarischen Vergleichen greift. Claudel und Dante haben Jahrhunderte und Jahrtausende überdauert, Claudel ist ein unter uns weidender Frühjahrsüberläufer.

Man wird Verlehtes und Erreichtes, Dichtung und Aufführung freuen müssen, und hier nicht um des Insultierens willen in der Darstellung willen die Dichtung zu beurteilen und andererseits nicht um der Schwächen der Dichtung willen den eigenartigen Aufführungsversuch in seiner prinzipiellen und teilweise auch geistlichen Durchführungsmaßlichkeit abzulehnen. Claudel hat sich die jetzt in helle Begeisterung ausartende Anerkennung seiner erfinden müssen und macht den Eindruck eines vornehm zurückhaltenden Mannes. Das ist erfinden geübt, Empfinden ist erfinden. Die Gedanken über Schopenhauer und die Weberarbeiten seiner Dramen insbesondere lassen sofort ersehen, daß er an die typische Illusionsbühne nicht denkt, sondern ein Ideal von Theaterbühnen erdachte, für das nun ein annähernd gleicher Erfolg in der Wirklichkeit zu schaffen war. Seiner ganzen, in Deutschland außerhalb der Gemeinschaft der Neuen (Selterauer)

Leipziger Premierieren.

Johan Bojers „Marie Walewsta“ und Karl Etlingers „Bescherwedebuch“.

Das Bescherwedebuch“ nennt sich Komödie und hat eine tragische Handlung und „Marie Walewsta“ soll ein Drama sein und reizt zum Lachen. So sein differenziert sind die beiden Werke, die als Neuprodukte Freitag und Sonnabend auf den Leipziger Bühnen erschienen, aber dort beide nur ein kurzes Dasein fristen werden.

Johan Bojers „Marie Walewsta“ gibt sich literarischer und so sei ihrer zuerst Erwähnung getan. — Der Titel läßt bereits eine historische Handlung vermuten und ein Blick auf das Personenverzeichnis, das Napoleon an der Spitze trägt, bekräftigt die Ahnung. Wie vor mehr als 100 Jahren der Franzosenkaiser die Welt des Seins unter sein Zwang, so treibt heute — allem Anschein nach unausrotlich — dessen Schatten sein Unwesen in der Welt des Scheins. Napoleon ist selbst in Lustspielen und Tragödien, in Operetten und Pöffen geworden —; wann wird das enden?

Die Handlung selbst ist bekannt genug. Die schöne Polin Marie Walewsta wirft sich vor den Wagen des Kaisers und bittet für ihr aufgetriebenes, entrechtetes Vaterland. Wehr wie ihr Fieber selbst den Vorien ihre Schönheit und mit einer für die Napoleonendichter schon herkömmlichen Begierde will er alles gemähren, wenn sie ihm alles gewährt. Marie aber weiß alle unerbetenen Anträge barumtätig zurück, schließlich aber zwingt man sie (man fragt: warum?) den Kaiser in seinem Palais aufzusuchen. In bekannter Napoleonemanner wird er um sie. Halb zog er sie, halb fant sie hin — die Geschichte endet, daß sie keine Geliebte geworden ist. Napoleons Sehnen ist erreicht, sie aber, die ursprüngliche für Polens Befreiung den Schritt gemacht hat, erreicht nichts. Der Friede von Schönbrunn macht es dem Kaiser unmöglich, dem heimatländischen Marias die ersehnte Befreiung zu erwirken. Aus Gründen der Staatsraison muß Napoleon sie von sich wegschicken und der Berehrung und Liebe für ihn voll, schiedet sie — für das Publikum ebenso schmerzlos, wie sie gekommen. Für den Dichter aber mag es betrüblich gewesen sein, daß ihm die Historie insofern einen bösen Streich gespielt hat, als sie ihm verwehrte, Napoleon als den Beglückten Polens

in einer mächtigen Schlafapothese und mit derselben Trivialität, mit der er alles Vorhergehende behandelt hat, darzustellen.

Um eine historische Tragödie beachtenswert zu gestalten, muß der tragische Held zu seinem Vorhaben aus einer Verbindung von äußeren und inneren Umständen mit unbedingter Notwendigkeit gezwungen werden und um das Ganze zu einem festen Aufbau zu führen, muß der Held mit seinem Plane fliegen oder sterben. Alle diese elementaren Grundzüge des geschichtlichen Dramas hat Bojer nicht beachtet und da er außerdem weder überzeugend charakterisiert hat noch die Sprache in künstlerischer Eigenart beherrschte, war es nicht zu verwundern, daß das Werk ziemlich frühzeitig abgelehnt wurde. Und die sonst so tapferen Künstler des Schauspielhauses wußten offenbar nichts mit ihren Rollen anzufangen und wenn trotzdem sich einiger Beifall regte, so galt es nur diesen allein.

Etlingers „Bescherwedebuch“, das nach Ansicht des Verlegers ein sehr großer „Schlager“ sein sollte, hat sich nicht als ein solcher erwiesen.

Der Pfarrer eines oberbayerischen Dorfes legt auf Wunsch eines seiner Gemeindeglieder in seiner Wohnung ein Buch aus, in das alle Beschwerden über die lieben Nächsten und über die Fügungen des Simmels eingetragen werden sollen, damit der liebe Gott daraus lerne. Doch so gut der Gedanke, so schlecht die Wirkung. Die Gemeinde gerät ob der darin immer gegen einen anderen gerichteten Beleidigung in Revolution, daß sich ihre Wut in einem mordsjämmerlichen Stand, verbunden mit obligater Keilerei, entläßt und die nicht eher Ruhe findet, als bis das corpus delicti den Flammen überliefert wird. Damit verbunden ist eine durch das Buchlein aus Tageslicht kommende Geschichte ersten Inhaltes, die aber Etlinger ebenförmig gut gefaltet hat, wie die weitere Handlung.

Der Hauptfehler des Stückes liegt in seiner Zerstückelung der Form. Einmal wollte der Dichter populär, d. h. auf die breite Masse wirkend, schreiben (um ein „Geschäft“ damit zu machen), dann aber wieder schrieb er volkstümlich à la Ungarbruder (um sich als Künstler zu dokumentieren). Dann mag es ihm auch an Kraft gefehlt haben, ein Bühnenwerk, das mehr wie das beste Fauststück verlangt, mit allen Erbordenen gereichten Könnens zu arbeiten. Schenken, nicht Charaktere sind seine Personen und eine überzeugende Entlohnung







gestig durchzuführen. Der eingeleitete Betrieb würde so wie eine Art Weiche, die ermöglicht, daß die Wagen von einem auf ein anderes Gleis übergehen. Durch das Heranziehen der Weiche um den Platz werde die Heberfähigkeit erhöht. Der Gleise um den Platz als Spielplatz zu erhalten, ist gewiß gut, aber hier liegen besondere Verhältnisse vor, dreimal in der Woche ist auf dem Friedrichsplatz Markt; zum Spielplatz eignet sich der Platz, der übrigens auch eine große Spielplatzanlage trägt, nicht gut. 60 Meter Durchmesser habe der Platz, das Tempo, das Herr Borges mit zur Sprache brachte, hat mit dem Drei-Minuten-Betrieb nichts zu tun. Das Tempo ist von der Regierung vorgegeben, aber die Wagenfolge wird rascher.

Herr Stv. Günter gibt seiner Freude Ausdruck, daß der Drei-Minuten-Betrieb eingerichtet werden soll. Als vor kurzer Zeit der 5. kommunale Verein diese Einrichtung anregte, sagte Herr v. Holtz: daran sei noch lange nicht zu denken.

Herr Stv. Kerner sagt, daß auf dem Wäldchen am Diamantenhause das Durchfahren der Weiche zu viel Geräusch macht. Man könne vielleicht die Wagen dort langsamer fahren lassen. Ferner sei es ein Unbehagen, daß die Theaterbesucher, die an der Söndelstraße oder am Weichsplatz einsteigen wollen, des Abends um 7 Uhr herum keinen Platz mehr erhalten; um die Zeit müsse man mit Anhängewagen fahren.

Herr Stv. Wöde erklärt sich dafür, daß die Bahn um den Friedrichsplatz herum nach der Seite der Albrechtsstraße zweigleisig geführt werde. Durch die technischen Gutachten, die Herr Bürgermeister v. Holtz vorgebracht hat, solle man sich nicht beeinflussen lassen. Vor einem Jahr habe der Herr Bürgermeister, geführt auf das technische Gutachten des Herrn Jung, sich für das Albrechtsstraßenprojekt engagiert, für dasselbe Projekt, das jetzt auch vom Magistrat preisgegeben wird.

Herr Stadtrat Grote erinnert daran, daß die private Straßenbahngesellschaft feierlich unter Zustimmung des Magistrats die Gleise um den Friedrichsplatz herumführen wollte, aber das Stadtverordnetenkollegium verlangte die Gleise durch den Platz quer durch. Wenn man die Gleise um den Platz herumführt, so bedeutet das eine Vertauschung des Betriebes, denn das Material müßte sich durch solche Kurven sehr ab.

Herr Stv. Faust: Ich bin für die Herumführung der Bahn um den Platz und zwar zweigleisig. Erfordern bin ich über die Worte des Herrn Bürgermeisters, daß das Tempo der Bahn nicht schneller werden soll. Das wäre ja sehr bedauerlich, dann könnten wir die Anwendungen einfach lassen. Wer schnell fahren will, fährt jetzt schon mit der Stadtbahn; das reicht so recht am Mittelfeld-Betrieb.

Herr Bürgermeister v. Holtz: Wenn die Bahn jetzt manchmal langsam fährt, so liegt das an den Schwierigkeiten, die durch Bauten herbeigeführt sind. Die Bauten müssen wir ausführen, aber sie nehmen auch ein Ende, und dann hören auch die Stöörungen auf. Bei Umbauten auf der Strecke ist auch die Stadtbahn nicht schneller.

Herr Stv. Raim er ist außerordentlich, daß der eingeleitete Betrieb auf jener kurzen Strecke tatsächlich keine Erleichterung ist.

Herr Stv. Michel beantragt Vertagung der Sache, um noch den Herrn Straßenbahndirektor Jakobus zu hören. Der Antrag wird abgelehnt. Auch der Antrag Borges. Angenommen wird der Antrag Reuß.

#### Die Bahn zweigleisig über den Platz zu führen.

5. Das Auditorium der Gas- und Wasserwerke und der Magistrat haben beschlossen, die in der Gemartung Ammendorf gelegenen Parzellen des Gutsbesizers Otto Engel von zusammen 4, 74, 88 Hektar Größe zu einem Preise von 2000 Mark für je 25 Ar anzukaufen. Nur ein Teil dieses Grundstückes fällt in die Kategorie der neu anzulegenden Parzellen § 9 des Enteignungsgesetzes, das gesamte andere Gebiet § 8 des Enteignungsgesetzes, was gesamt an dem betreffenden Grundstück sehr wichtig ist, wenn in dem Verfahren betreffend die Entschädigung der anderen Grundstückseigentümer ein in der jüngsten Vergangenheit gekaufter Kaufpreis genannt werden kann, der gegenüber den gestellten Forderungen und auch früher gekauften Preisen niedrig ist. Der Gutsbesitzer Engel will das Gelände nur zusammen verkaufen. Möglicherweise würde überdies die Stadt Halle in dem Enteignungsverfahren zur Übernahme des gesamten Grundstückes auf Grund des § 9 des Enteignungsgesetzes verpflichtet werden. Eine Veränderung der Lage der Beherbergung II ist nicht zu erwarten. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu. Der Kaufpreis ist aus Anleiheemitteln zu entnehmen. (Ref. Herren Stv. Feldmann und Colberg.)

6. Der Formier Hermann Leibe, Schulberg 10, bittet, ihm das frühere Einnehmerhäuschen auf der Cröllwitzer Brücke zum Verkauf von Zigarren und Anfechtarten zu vermieten. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Faust.)

7. Der Magistrat beantragt, dem Wäldchen des mit dem Prinzenmann Ludwig Kramer hier über den Landausstausch an seinem Grundstück I 1 für je 39 vereinbarten Vertrages zuzustimmen. Der Magistrat hält das Abkommen für sehr annehmbar. Die Stadtgemeinde kann ihren Anspruch auf das Eigentum an der zwischen ihr und dem Prinzenmann Kramer bisher freigelegten, auf dem Wertpapierplan blau überlegten Landfläche von ca. 9 Am. nach den jetzt vorliegenden Unterlagen nicht mehr aufrecht erhalten. Sie würde also das Eigentumsrecht des Herrn Kramer anerkennen müssen, und ihm diese zur Lastfallende entfallende Fläche zu entschädigen haben. Nach dem vereinbarten Abkommen verzichtet aber Kramer freiwillig zugunsten der Stadtgemeinde auf seinen Eigentumsanspruch an dieser Parzelle, unter der Bedingung, daß ihm hierfür und gegen weitere Abtretung der beiden außerdem noch von seinem Grundstück zur Lastfallende entfallenden Parzellen von 2 Am. und 9 Am. das jährliche Schillingengeld überträgt wird. Er erhält hierbei zwar ca. 9 Am. mehr an Land als die Stadtgemeinde, jedoch verliert das Schillingengeld durch die darauf einzutragenden Beschränkungen, daß die Schilpe niemals bebaut werden darf, auch der Eigentümer jeder in der Schilpe zu bauen hat, erheblich an Wert. Andererseits hat die Stadtgemeinde an der Schilpe nur noch insofern ein Interesse, als sie diese nicht leicht für Kanalisationszwecke brauchen wird. Dieses Interesse wird aber durch die von Kramer zugunsten der Stadtgemeinde einzutragende Kanalisationsleistung gefördert. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Emmer.)

8. Die Gasetaltungsanlage im Zoologischen Garten auf der Straße vom Eingange an der Seebenerstraße bis zum Eingange an der Tiergartenstraße ist befestigt und bedarf der Erneuerung. Mit Rücksicht darauf, daß durch die Gasabdeckung der Baumbestand gefährdet wird, hält der Magistrat es

für zweckmäßig, elektrische Beleuchtung einzuführen. Die erforderlichen Mittel im Betrage von etwa 400 Mk. sollen dem gemeindefinanziellen Dispositionsfonds entnommen werden. Die Vorlage wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Faust.)

9. Die Pflichtenübernahme der vorhandenen Oberlehrer, Oberlehrerinnen, ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen bedarf nicht die nötigen Unterstufenklassen der Klassen des Neuzugs mit Studienanstalt. Die Versammlung genehmigt daher, daß Ostern 1914 an unserem Lyzeum mit Studienanstalt eine neue Mittelschuleerrichter eingerichtet wird. Das Gehalt eines Mittelschullehrers an den höheren Lehranstalten beträgt anfangs 2100 Mk. Grundgehalt und 520 Mk. Wohnungsgeldzuschlag; es steigt in 24 Jahren auf 4500 + 520 Mk. (Ref. Herr Stv. Brehmer.)

#### 10. Der Magistrat hat beschlossen, für den neuen

Friedhof an der Dessauerstraße die Stelle eines Friedhofsinspektors mit der Eigenschaft eines auf Lebenszeit anstellenden Beamten zu gründen, und zwar unter denselben Bedingungen, unter denen die Stelle des Inspektors des Südringhofes geschaffen worden ist. Gehalt: 2400 Mk. freizug von 3 zu 3 Jahren um je 300 Mk. bis zum Höchstbetrage von 4200 Mk. Dienstwohnung auf Verlangen gegen 10 Proz. des jeweiligen Gehaltes. Ausübung von Nebenbeschäftigungen gegen Entgelt wird nicht gestattet. Verlangt wird der erfolgreiche Besuch einer Gartenbauakademie und praktische Erfahrung im Friedhofsbetriebe.

Die Grabplätzergewinnung in städtischer Regie, die Gebühren für Grabunterhaltung verbleiben der Stadt. Die für Etatsjahr 1913 — je nach Dienstantritt des künftigen Stelleninhabers — erforderlichen Mittel sollen dem Dispositionsfonds der städtischen Körperkassen (XX. 12) entnommen werden. Die Belegung der Stelle soll bald geschehen, damit mit der Belegung des neuen Friedhofes — etwa November — begonnen werden kann. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Brehmer.)

Punkt 11 betrifft den Antrag Emmer: Aufhebung des Ortsstatuts betr.

#### Schankkonzessionssteuer

Herr Stv. Emmer begründet den Antrag. Es ist unnötig, einen einzelnen Stand mit solcher Konzessionssteuer zu belasten. Magdaburg und Erfurt haben Anträge auf Einführung einer herabgesetzten Sondersteuer für das Wirtsgewerbe wiederholt abgelehnt, die 30 000 Mk. die die Steuer bringt, können wir bei unserer Abzinsen von jährlich reichlich einer Million mitßen.

Herr Stv. Wesse meint, die Sache heute sei nur eine Formensache. Die Stadtverordnetenversammlung hat ja schon in ihrer großen Mehrheit der Aufhebung der Steuer zugestimmt. Hoffentlich erfolge dieser Beschluß heute mit Einstimmigkeit.

Herr Bürgermeister v. Holtz: Die Steuer ist durch Lokalgesetz eingeführt; sie kann nur durch einen übereinstimmenden Beschluß beider städtischen Behörden geändert werden. Der Magistrat hat bereits seinen Standpunkt präzisiert und erklärt unter ausführlicher Begründung, daß er nicht für Aufhebung der Steuer ist. Es bliebe da nur noch der Konflikt. Aber empfiehlt es sich, darum das Recht der Selbstverwaltung wegzugehen und sich an den Bezirksauschuss zu wenden? Was wird denn der Erfolg sein? Der Bezirksauschuss wird ein Eingreifen ablehnen. Um die Steuer aufzuheben, dafür müßten zahlreichere Gründe ins Feld geführt werden. Das Gesetz verlangt, daß wir in den Kommunen die Einkommenerträge möglichst niedrig halten sollen durch Ausnutzung der Gebühren. Schankkonzessionssteuer bedeutet immerhin 1 Proz. Aufschlag. Das wird der Bezirksauschuss keinesfalls für Befreiung der Steuer ausprechen. Die Steuer ist keine Sondersteuer, der die Begründung mangelt; sie ist ein Ausgleich für ein Sonderrecht, das der Gastwirtstand durch die Bedürfnisfrage hat. Jede Konkurrenzbeschränkung ist ein Vorteil. Was würde Herr Stv. Michel zahlen, wenn er z. B. die Konkurrenz von Lewin nicht hätte? Oder zu welchen Opfern wären die kleineren Geschäftleute bereit, wenn sie Schutz gegen die Konkurrenz von Kuhmann hätten? Durch die Bedürfnisfrage ist die Zahl der Gastwirtschaften zurückgegangen. Es kommen jetzt, wenn man alle Gastwirtschaften in Betracht zieht, 30 Proz. Menschen mehr auf die einzelne Gastwirtschaft; berückichtigt man nur die mit beschränkter Konzession, sind es 50 Proz. mehr. Stukig muß die Tatsache machen, daß die Wirtze zwar nach einer Befreiung der Steuer, aber nicht nach einer Aufhebung der Bedürfnisfrage ruhen.

In der ausgeübten Debatte treten die Herren Stv. Köhling und Wittschow für Beibehaltung der Steuer auf, die Herren Stv. Michel, Brehmer, Wesse und Herzfeld für Befreiung. Im einzelnen kommen wir im Abendblatt darauf zurück.

Auf Antrag des Herrn Stv. Herzfeld ist die Abstimmung namentlich. Es stimmen

#### für die Befreiung:

Michel, Wesse, Wesse, Blumentritt, Voelsch, Brehmer, Bruh, Daniel, Döhler, Emmer, Jäger, Gerig, Grobhand, Grede, Günter, Herzog, Herzfeld, Kallmeyer, Michel, Wesse, Osterburg, Pfauisch, Reiling, Riediger, Schulze, Spindler.

#### für die Beibehaltung:

Köhler, Borges, Colberg, Feldmann, Köhling, Küllemann, Ruge, Wessing, Wabe, Reuß, Schaber, Springer, Steinbrück, Strumpf.

Die Aufhebung der Steuer ist also mit 26 gegen 15 Stimmen

von den Stadtverordneten beschlossen worden. Am Schluß verliest der Herr Vorleser noch ein Schreiben des Herrn Geheimrats Prof. Dr. Schmidt-Rimpel, worin er anzeigt, daß er mit Ablauf dieses Jahres aus Gesundheitsrücksichten sein Stadtverordnenmandat niederlegt. Der Herr Vorleser knüpft an die Mitteilung ehrende Worte, in denen er Herrn Geheimrat Schmidt-Rimpel für seine langjährige hingebende und erfolgreiche Arbeit im Dienst unseres Gemeinwels unter lebhafter Zustimmung des Kollegiums wärmsten Dank ausspricht.

#### Halle im Monat August.

Die Sonnenscheindauer im Monat August betrug im Mittel 5,9 Stunden gegen 4,8 Stunden täglich im Vormonat und nur 2,8 Stunden im außerordentlich sonnenscheinigen August des Jahres 1912. Besonders sonnige Tage waren der 26. und 27. August mit einer Sonnenschein-

dauer von 12,3 bzw. 11,9 Stunden. Den geringsten Sonnenschein hatte der 21. August mit 4,4 Stunden auszuweisen. Dem reichen Sonnenschein, den der letzte Teil des August in diesem Jahre aufzuweisen hatte, entspricht die verhältnismäßig geringe Niederlagsmenge von 37,0 Millimeter. Der im Mittel nur 2,8tägigen Sonnenscheindauer im August des Vorjahres fällt die beträchtliche Niederlagsmenge von 95,5 Millimeter gegenüber.

Die Einwohnerzahl der Stadt Halle stellt sich nach der Fortschreibung auf Ende August auf 91 006 männliche und 98 254 weibliche, zusammen auf 1 896 74 Personen. Im Vergleich zum Monat August des Vorjahres zeigt die Bevölkerungsziffer einen Zugang von 2503 Personen. Die Wanderungen brachten der Bevölkerung einen Verlust von 841 Personen; 1652 Personen zogen zu, 2493 Personen zogen ab. Im Monat Juli hatte sich eine Wanderungsdifferenz von — 188 Personen, im August des Vorjahres eine solche von — 592 Personen ergeben.

Eheschließungen fanden insgesamt 109, gegen 183 im Juli und 99 im August 1912 statt. Die Wohnung der Eheschließenden lag in 76 Fällen in Halle; in 32 Fällen außerhalb Halles. Von den Eheschließenden heirateten 91 ledige Männer 87 ledige, 2 verwitwete und 2 geschiedene Frauen; 14 verwitwete Männer heirateten 7 ledige, 5 verwitwete und 2 geschiedene Frauen; 4 geschiedene Männer heirateten 3 ledige Frauen und 1 verwitwete Frau.

Die Zahl der Neugeborenen belief sich auf 391 (108 männlichen, 183 weiblichen Geschlechts), darunter 16 Totgeborene. Im Juli 1913 wurden 406, im Monat August des Vorjahres 386 Kinder geboren.

Gestorben sind im August 297 Personen, d. h. 19 Personen weniger als im Juli und 3 Personen mehr als im August 1912. Unter den Verstorbenen befanden sich 50 in hiesigen Anstalten verstorbenen Ortsfremde. Hinsichtlich der Todesursache spielen Magen-, Darmkatarrh, Durchfall (60 Fälle) und Krebs (30 Fälle) eine hervorragende Rolle.

Die Säuglingssterblichkeit erreichte mit 102 Fällen ungefähr die gleiche Höhe wie im August des Vorjahres (100 Fälle).

Der Fremdenverkehr in den Gast- und Logierhäusern ging mit 11 308 zur Meldung gelangten Fremden gegen den Monat Juli mit 11 711 Meldungen etwas zurück.

In der städtischen Desinfektionsanstalt wurden im Berichtsmonat 215 Desinfektionen vorgenommen, hiervon wurden 166 zwangsweise und 49 freiwillig durchgeführt.

Für den Grundstücksmarkt liegen die Zahlen für den Juli 1913 vor. Insgesamt trat ein Besitzwechsel bei 44 Grundstücken ein; darunter 35 bebauten Grundstücke im Gesamtwerte von 1 833 605 Mark, und 9 unbebauten Grundstücke im Gesamtwerte von 167 228 Mark. Das Rechtsverhältnis des Ueberganges war bei 13 bebauten Grundstücken im Gesamtwerte von 508 355 Mark und bei einem unbebauten Grundstücke im Werte von 12 000 Mark Zwangsversteigerung.

Gegenüber dem Monat Juli des Vorjahres, in dem 43 Grundstücke ihren Besitzer wechselten, zeigt der Grundstücksmarkt keine wesentliche Abweichung.

Wie im Vormonat so liegt auch im Berichtsmonat die Bautätigkeit fast vollkommen daneben. Waren im Juli nur 12 Bauten begonnen, so sind es im Monat August wiederum nur 10 Bauten. Demgegenüber zählte man im Juli vorigen Jahres 93, im August 138 begonnene Bauten. Vollendet wurden im August 1913, entsprechend der geringen Zahl der begonnenen Bauten, 6 Bauten.

Die Großhandelspreise der wichtigsten Getreidearten, der Hülsenfrüchte und der Kartoffeln sind auch im Monat August, wie im Vormonat, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres recht erheblich zurückgegangen. Bei den Hülsenfrüchten sind Preisrückgänge bis zu 14 Mark pro 100 Kilogramm eingetreten.

In den Kleinhandelspreisen für Fleisch zeigen Rindfleisch und Kalbfleisch durchgängig und beim Schweinefleisch die Keufe ein Anziehen des Preises um 10 Pf. pro Kilogramm.

Die Vermittlungstätigkeit des von der Stadt unterstützten Arbeitsnachweises des Vereins für Volkswohl vermittelte 252 männlichen und 263 weiblichen Personen Arbeitsstellen.

Die beiden christlichen Herbergen zur Heimat vermittelten zusammen 478 Arbeitsstellen, davon 452 durch Herberge II.

In Arzeneiherbergen wurden im Berichtsmonat 31 138 Mark gezahlt, d. h. 3986 Mark mehr als im gleichen Monat des Vorjahres.

Der städtischen Berufsvermittlung wurden 1118 Mündel, für die 8363 Mark vereinnahmt wurden, davon 1701 Mark durch Pfändungen.

Die städtische Rechtsanwaltsstelle wurde in 521 Fällen um Auskunft befragt, wozu noch 175 Fälle treten, in denen wiederholte Rücksprache stattfand.

In der Mittelstraße wurden im Berichtsmonat 21 293 Pfähchen abgegeben, gegenüber 24 665 im Monat Juli. Die durchschnittliche Anzahl der täglichen Kunden betrug 213 gegen 197 im Vormonat.

Beim Gewerbegeheimrat wurden im August 59, beim Kaufmannsgericht 23 Sachen anhängig gemacht.

Das städtische Raubungsmittel-Unterstützungsausschuss hat 362 Unterfugungen vor. In 45 Fällen führten die Unterfugungen zur Beauftragung. In Straßenbahnverkehr wurden insgesamt 1 794 007 Personen gegen 1 784 507 im Juli und 1 802 695 im August 1912 befördert.

Im städtischen Schlacht- und Viehhof wurden 4909 Stück Vieh aufgetrieben und 8079 Schlachtungen vorgenommen.

Dem Monatsbericht ist der erste Teil einer Abhandlung über „Die gewerkschaftliche Steuerungsvermittlung in Halle“, beigelegt.











